

WALTER FABIAN

So brach 1914 der Krieg aus

Vorbemerkung

Das 50jährige „Jubiläum“ des Kriegausbruchs von 1914 gibt Anlaß, sich einer so gut wie verschollenen Schrift zu erinnern; denn die knappe Analyse, die *Walter Fabian* vor nunmehr fast 40 Jahren im zentralen Kapitel seines Buches „Die Kriegsschuldfrage“ veröffentlichte, entpuppt sich als eine der besten deutschen Darstellungen zu diesem Thema überhaupt. Der nachgeborene Historiker kann rückblickend nur bewundern, wie sich der Autor — mitten in der hysterischen Atmosphäre der völkisch-deutschnationalen Agitation gegen die sog. „Kriegsschuldfrage“ — mit sicherem Instinkt für die historische Wahrheit einen kühlen Kopf bewahrte, und das alles noch ohne Kenntnis der späteren russischen, französischen und britischen Aktenveröffentlichungen.

An einigen Stellen betont zwar die moderne Forschung, repräsentiert durch *Albertini* und *Fritz Fischer*, den Eigenanteil der Österreicher am Krieg gegen Serbien sowie das deutsche Antreiben in Wien zum lokalen Krieg noch stärker; auch spricht sie deswegen nicht mehr von einer „entscheidenden Wendung“ auf deutscher Seite am 28./29. Juli, sondern höchstens von einem vorübergehenden, taktisch bedingten, Schwanken. Aber, sonst ist Fabians Darstellung besser als alles, was bis 1960 in Deutschland zu diesem Thema geschrieben wurde.

Walter Fabian hatte schon 1925 den Anschluß an die internationale Forschung gefunden und war somit bereits als junger Mann auf Antrieb weiter als alle Vertreter einer — wenn auch noch so modifizierten — Apologie im Jahr 1964. Schon deshalb rechtfertigt sich heute der Neudruck seiner Analyse. Zugleich wird sie aber auch zu einem erregenden zeitgeschichtlichen Dokument, denn sie repräsentiert nachträglich noch die wissenschaftliche Alternative zum verkrampten Kampf gegen die „Kriegsschuldfrage“. Auf frappierende Weise demonstriert Walter Fabian, daß man auch als Deutscher bereits 1925 die historische Wahrheit hätte erkennen können, ohne sich dem kriegsfördernden, angeblich vaterländischen, Ressentiment gegen die „Kriegsschuldfrage“ hingeben zu müssen.

Dr. Imanuel Geiss

I

Am 28. Juni 1914 wurde in Sarajewo das österreichisch-ungarische Thronfolgerpaar ermordet. Serbische Nationalisten österreichischer Staatsangehörigkeit waren die Täter. Die Tat war Ausdruck der scharfen Spannung, die seit einer Reihe von Jahren zwischen Österreich-Ungarn und Serbien herrschte. Gründe dieser Spannung waren das serbische Streben nach einem nationalen Einheitsstaat mit einem Zugang zum Meer, dessen Verwirklichung Österreich-Ungarn im Wege stand, und der imperialistische Ausdehnungsdrang Österreichs auf dem Balkan, dem Serbien hinderlich war.

Eine Beteiligung der serbischen Regierung an diesem furchtbaren Mord war und ist nicht nachzuweisen. *Berchtold* selbst hat später geäußert, daß das Attentat den Belgrader Machthabern höchst unwillkommen gewesen sei, und Baron *Hoyos*, sein Kabinettschef, hat zugegeben, er habe nie geglaubt, „daß die Ermordung Franz Ferdinands von maßgebender Stelle in Belgrad oder Petersburg aus vorbereitet oder gewollt worden“ sei! So mußte auch schon am 13. Juli 1914 der österreichische Sektionsrat *von Wiesner*, der in Sarajewo die Untersuchung zu führen hatte, in seinem Bericht an das k. u. k. Ministerium des Äußeren ausdrücklich feststellen: „Mitwissenschaft serbischer Regierung an der Leitung des Attentats oder dessen Vorbereitung und Beistellung der Waffen durch nichts erwiesen oder auch nur zu vermuten. Es bestehen

vielmehr Anhaltspunkte, dies als ausgeschlossen anzusehen.“ Diesen Bericht erhielt die österreichische Regierung von ihrem eigenen Untersuchungsrichter — und doch richtete sie zehn Tage später ein Ultimatum voll der schwersten Anschuldigungen an die serbische Regierung. Weshalb?

Die Empörung über das frevelhafte Attentat war nicht nur in Österreich und Deutschland, sondern in der ganzen Welt sehr groß. Die öffentliche Meinung aller Länder war für Österreich, man erkannte durchaus Österreichs Anspruch auf Genugtuung an. Nur eins gestand die Welt Österreich nicht zu: das Recht, diesen Vorfall zur Vernichtung Serbiens und zur Ausdehnung der eigenen Machtstellung auszunutzen und damit die Gefahr eines europäischen Krieges, eines Weltkrieges heraufzubeschwören. Diese Gefahr war sehr groß. Denn die Interessen fast aller europäischen Großmächte liefen auf dem Balkan zusammen (oder richtiger: gegeneinander) und Lokalisierung eines Balkankonfliktes erschien ausgeschlossen. Österreich aber wollte den Krieg gegen Serbien; wenn möglich, nur diesen, wenn nicht möglich, auch Krieg gegen Rußland — sofern Deutschland seine unbedingte, d. h. bedingungslose Unterstützung zusagte.

Schon am 29. Juni, also einen Tag nach dem Attentat, forderte *Conrad von Hötzendorf*, der Chef des österreichischen Generalstabs, die Mobilmachung. Dieses Vorgehen war den Leitern der österreichischen Politik zwar zu plump, aber im Kern stimmten sie mit der Ansicht der Militärs restlos überein: sie ebenso wie die Leiter der deutschen Politik glaubten, daß der Augenblick gekommen sei, die Großmachtstellung Österreichs wiederherzustellen. Aus diesem Grunde wollte und sollte Österreich das Schwert ergreifen. Alle diplomatischen Schritte waren nach der ausdrücklichen Ansicht aller Beteiligten nur die aus Rücksicht auf die Stimmung Europas nun einmal notwendigen Vorbereitungen zum offenen Kampf.

Zuerst aber mußte Österreich die Zustimmung Deutschlands einholen. „Wenn Deutschland zustimmt, wird Seine Majestät für den Krieg gegen Serbien sein“, erklärt Conrad. Alles hing von Deutschland ab. *Wilhelm II.* aber stand vom ersten Augenblick an auf dem Standpunkt, Österreich nicht nur im Notfall treu zur Seite zu stehen, sondern es nachdrücklich zu scharfem Vorgehen gegen Serbien anzutreiben. „So legte sich Berlin“, schreibt *Tirpitz*, „von vornherein auf das doppelte Bestreben fest, einmal dem schwankenden Österreich Halt zu geben zu raschem und energischem Handeln, andererseits aber den Konflikt zu lokalisieren.“ Dieser Glaube der deutschen Politik an die Möglichkeit, den österreichisch-serbischen Konflikt zu lokalisieren, war, zumindest in diesem Augenblick, ohne Zweifel ehrlich; „aber“, schreibt Professor *Georg Karo*, einer der leidenschaftlichsten Bekämpfer der „Kriegsschuldflüge“, „er mutet an, wie wenn man in einem Pulverfaß Feuer anzünden wollte, im Schutze einer Papiertüte“. Und mit Recht bezeichnet es *Delbrück* als einen der großen Fehler der deutschen Politik, „daß der Kaiser wie die deutsche Diplomatie die Größe und Nähe der Kriegsgefahr in einer fast harmlosen Weise unterschätzte“. Dieser Wahn wurde verhängnisvoll, denn er veranlaßte die deutsche Regierung und ganz besonders den deutschen Kaiser, Österreich zu schroffstem Vorgehen zu ermuntern. Am 30. Juni berichtet *Tschirschky*, der deutsche Botschafter in Wien, er habe die österreichische Regierung vor übereilten Schritten gegen Serbien gewarnt. Dieser Bericht veranlaßte Wilhelm II. zu folgender Randbemerkung: „Wer hat ihn dazu ermächtigt? Das ist sehr dumm! Geht ihn gar nichts an, da es lediglich Österreichs Sache ist, was es hierauf zu tun gedenkt... Mit den Serben muß aufgeräumt werden, und zwar bald.“¹⁾ Diese Äußerung des deutschen Kaisers ist symptomatisch.

1) Es ist nicht richtig, daß die Randbemerkungen Wilhelms II. ohne Einfluß auf den Gang der Politik gewesen wären; eine große Anzahl von Aktenstücken des deutschen Auswärtigen Amtes beweisen das Gegenteil. Des Kaisers Worte wurden häufig sofort an die zuständigen Stellen weitergegeben. Auch in diesem Falle führte die Randbemerkung zu einem Verweis an *Tschirschky* und veranlaßte dadurch diesen künftighin zu kriegsfreundlicher Einstellung.

II

Die Entscheidung fiel in Potsdam am 5. Juli, unmittelbar vor der Abfahrt des Kaisers zur Nordlandreise. An diesem Tage überbrachten Graf Hoyos als Abgesandter des österreichischen Kaisers und Graf *Szoegyeny*, der österreichische Botschafter in Berlin, Wilhelm II. ein Handschreiben *Franz Josephs*, das die Absichten der k. u. k. Regierung schilderte, die auf eine Verkleinerung, ja Zerstückelung Serbiens hinausliefen, und um die Zusicherung der deutschen Unterstützung bat. Der Kaiser war sich über die Tragweite des Entschlusses, den er fassen sollte, keineswegs im unklaren. Er versicherte dem Botschafter zunächst, „daß er eine ernste Aktion unsererseits gegenüber Serbien erwartet habe, doch müsse er gestehen, daß er infolge der Auseinandersetzungen unseres allernädigsten Herrn eine ernste europäische Komplikation im Auge behalten müsse und daher vor einer Beratung mit dem Reichskanzler keine definitive Antwort erteilen wolle“. (Bericht *Szoegyeny*s an *Berchtold*.) Das war die Stellung, die Deutschland einnehmen mußte, sofern es sich seiner Verantwortung vor der Welt bewußt war. Aber der Bericht des österreichischen Botschafters geht weiter: „Nach dem Dejeuner, als ich nochmals den Ernst der Situation mit großem Nachdruck betonte, ermächtigte mich S. M., unserm allernädigsten Herrn zu melden, daß wir auch in diesem Falle (d. h. im Falle „einer ersten europäischen Komplikation“, d. Verf.) auf die volle Unterstützung Deutschlands rechnen können.“ Im weiteren Verlauf des Gesprächs wird ausdrücklich die deutsche Unterstützung für den Fall eines österreichisch-russischen Krieges zugesagt. Ein paar Stunden später teilte der Kaiser dem Chef des deutschen Generalstabes mit, „daß er dem Kaiser Franz Joseph zugesagt habe, mit der deutschen Macht hinter ihm zu stehen, wenn aus dem seitens Österreich-Ungarn geplanten Vorgehen gegen Serbien Verwicklungen entstünden“.

Die Würfel waren gefallen. Der Kaiser hatte, wie *Tirpitz* schreibt, „aus ritterlicher Empfindung dem persönlichen Ersuchen des österreichischen Kaisers Unterstützung und Treue gegen die serbischen Mordgesellen“ zugesagt. Der bayerische Geschäftsträger am Berliner Hof, *von Schoen*, hat später, am 18. Juli, über diese Entscheidung berichtet: „Man hat also hier die Ansicht, daß es für Österreich sich um eine Schicksalsstunde handelte, und aus diesem Grunde hat man hier, auf eine Anfrage aus Wien, ohne Zögern erklärt, daß man mit jedem Vorgehen, zu dem man sich dort entschieße, einverstanden sei, auch auf die Gefahr eines Krieges mit Rußland hin. Die Blankovollmacht, die man dem Kabinettschef des Grafen *Berchtold*, dem Grafen *Hoyos*, gab ...“ Nun war es an Österreich, diese Blankovollmacht des Bundesgenossen, die es in früheren Jahren nicht hatte erhalten können, zur Durchsetzung seiner Pläne auszunützen. Graf *Hoyos*, der Überbringer des Handschreibens *Franz Josephs*, sprach am nächsten Tage, dem 6. Juli, noch den *Reichskanzler*, der „ebenso wie sein kaiserlicher Herr, ein sofortiges Einschreiten unsererseits gegen Serbien als radikalste und beste Lösung unserer Schwierigkeiten am Balkan“ ansah. (Bericht *Szoegyeny*s an *Berchtold*.) Dann kehrte Graf *Hoyos* auf schnellstem Wege nach Wien zurück.

Am 7. Juli bereits findet in Wien „der Ministerrat für gemeinsame Angelegenheiten“ unter dem Vorsitz des Grafen *Berchtold* statt. Dieser Ministerrat war ursprünglich zur Beratung innerpolitischer Fragen einberufen. Unter dem Eindruck der „sehr befriedigenden Nachrichten“, die Graf *Hoyos* aus Berlin bringen konnte, wurde jedoch die Tagesordnung umgeworfen. „Alle Anwesenden, mit Ausnahme des königlich-ungarischen Ministerpräsidenten, sind der Ansicht, daß ein rein diplomatischer Erfolg, wenn er auch mit einer eklatanten Demütigung Serbiens enden würde, wertlos wäre, und daß daher solche weitgehenden Forderungen an Serbien gestellt werden müßten, die eine Ablehnung voraussehen ließen, damit eine radikale Lösung im Wege militärischen Eingreifens angebahnt würde.“ (Amtliches Protokoll.) Dieser Beschluß bedeutete:

Krieg gegen Serbien. Am besten kennzeichnet das der ungarische Ministerpräsident, Graf *Tisza*, in einem Schreiben an Franz Joseph vom 8. Juli: „Die allerdings sehr erfreulichen Nachrichten aus Berlin, verbunden mit der sehr gerechten Entrüstung über die Vorkommnisse in Serbien, haben bei allen anderen Teilnehmern der gestrigen Ministerkonferenz die Absicht gereift, einen Krieg mit Serbien zu provozieren, um mit dem Erzfeinde der Monarchie endgültig abzurechnen.“ Aber damit nicht genug. Auch der österreichisch-ungarische Ministerrat ist sich darüber klar, daß der Konflikt mit Serbien einen europäischen Konflikt, ja einen europäischen Krieg hervorrufen kann. Im amtlichen Protokoll heißt es weiter: „Es entspinnt sich... eine längere Debatte über die Kräfteverhältnisse und den wahrscheinlichen Verlauf eines europäischen Krieges, die sich wegen ihres geheimen Charakters nicht zur Aufnahme in das Protokoll eignet.“ Graf Berchtold erklärte, er sei „sich klar darüber, daß ein Waffengang mit Serbien den Krieg mit Rußland zur Folge haben könnte“. Dennoch wurde beschlossen, ein unerfüllbares Ultimatum zu stellen! Dieser Beschluß, gefaßt in voller Erkenntnis seiner Tragweite, war nur möglich, weil Deutschland den Leitern der österreichischen Politik Blankovollmacht erteilt hatte.

Schon am 5. Juli hatte Kaiser Wilhelm erklärt, „daß er es bedauern würde, wenn wir den jetzigen, für uns so günstigen Moment unbenutzt ließen“ (Bericht Szoegyeny an Berchtold.). Am 8. Juli erhielt Tschirschky ein Telegramm aus Berlin, „wonach sein kaiserlicher Herr ihn beauftragt, hier (in Wien, d. Verf.) mit allem Nachdruck zu erklären, daß man in Berlin eine Aktion der Monarchie gegen Serbien erwarte, und daß es in Deutschland nicht verstanden würde, wenn wir die gegebene Gelegenheit vorübergehen ließen, ohne einen Schlag zu tun“. (Bericht Berchtolds an *Tisza*.)

Am 9. Juli besuchte Graf Szoegyeny den deutschen Staatssekretär des Auswärtigen, v. *Jagow*, und konnte über seine Unterredung an Berchtold melden: „Staatssekretär ist... mit der gemeldeten Stellungnahme deutscher Regierung vollkommen einverstanden und versicherte mir in sehr entschiedener Weise, daß auch nach seiner Ansicht die in Aussicht gestellte Aktion gegen Serbien ohne Verzug in Angriff genommen werden sollte*.“

Die deutschen Staatsmänner hatten allen Anlaß, Österreich zur Eile zu mahnen, denn ihr höchster Herr fing bereits an, sehr ungeduldig zu werden. Am 10. Juli z. B. schreibt er an den Rand eines Berichtes des deutschen Botschafters in Wien eine Anzahl von Bemerkungen, die sehr deutlich seine Unzufriedenheit mit dem langsamen und nach seiner Ansicht allzusehr an Formalitäten klebenden Vorgehen Österreichs offenbaren. Ähnliche Randbemerkungen finden sich zu zwei anderen Berichten Tschirschkys vom 14. Juli, die von der Hinauszögerung der Ultimatumübergabe Mitteilung machten. Am 16. Juli bedauert auch *Jagow* diese Verzögerung „ganz außerordentlich“.

III

Weshalb hatte es die deutsche Regierung so eilig? Sie hielt, wie aus unzähligen Dokumenten einwandfrei hervorgeht, den Moment für günstig — nicht, weil sie angriffslüstern und voller Welteroberungsabsichten war und diese jetzt ausführen zu können meinte, sondern weil sie glaubte, daß Rußland mit seinen Verbündeten zum Kriege rüste, jetzt aber noch nicht bereit sei, und weil sie meinte, England werde sich an einem aus untergeordneten Balkankonflikten entstandenen Kriege nicht beteiligen. Wie unsicher aber Deutschlands Vermutungen über einen bevorstehenden Angriff Rußlands waren, zeigt z. B. ein Schreiben *Bethmanns* an *Lichnowsky*, in dem es heißt, daß er „doch nicht glaube, daß Rußland einen baldigen Krieg gegen uns plane“. Deutschland sucht also nach einem Anlaß zu einem Präventivkrieg — und dieser Anlaß ist in geradezu

vollendeter Weise die Ermordung des österreichischen Thronfolgerpaares, die alle Welt, vor allem aber natürlich das deutsche und das österreichische Volk, in gewaltige Empörung versetzte, noch einmal, vielleicht zum letzten Male die Völker der k. u. k. Monarchie einte und Österreich-Ungarn unauflöslich an Deutschland knüpfte. Diesen Augenblick will Deutschland nutzen, es darf deshalb nicht warten, bis Österreich vielleicht doch wieder schwach wird und vor dem Äußersten zurückschreckt.

Dieses Drängen Deutschlands hat in Wien stärksten Einfluß ausgeübt. Es hat Kaiser Franz Joseph, den noch immer Zögernden, zum Entschluß gebracht, es hat Tisza umgestimmt und auch die Schärfe im Ton der österreichischen Scharfmacher noch geschärft. Für all das finden sich insbesondere in den Berichten des deutschen Botschafters in Wien und des österreichischen Botschafters in Berlin zahlreiche Belege. Wie mußte etwa der folgende Bericht Szoegyeny's aus Berlin wirken: „Wie Euer Exzellenz aus meiner telegraphischen Berichterstattung der letzten Tage und aus den persönlich hier gewonnenen Eindrücken des Grafen Hoyos entnommen haben, stehen sowohl Seine Majestät Kaiser Wilhelm als auch alle anderen maßgebenden hiesigen Faktoren nicht nur fest und bundestreu hinter der Monarchie, sondern sie ermuntern uns auch noch auf das nachdrücklichste, den jetzigen Moment nicht verstreichen zu lassen, sondern energischest gegen Serbien vorzugehen und mit dem dortigen revolutionären Verschwörernest ein für allemal aufzuräumen, es uns dabei ganz überlassend, welche Mittel wir dazu zu wählen für richtig halten.“ Und weiter schreibt Szoegyeny, „daß die maßgebenden deutschen Kreise und nicht am wenigsten Seine Majestät der Kaiser selbst uns — man möchte fast sagen — geradezu drängen, eine eventuell sogar kriegerische Aktion gegen Serbien zu unternehmen“.

Über den entscheidenden Einfluß des deutschen Drängens auf Franz Joseph berichtet Feldmarschall Conrad in seinen Erinnerungen: „Am 10. Juli besuchte ich den aus Ischl zurückgekehrten Grafen Berchtold. Er erzählte mir, daß er den Kaiser sehr entschlossen und ruhig gefunden habe. Seine Majestät schien für eine Aktion gegen Serbien zu sein. Man könne jetzt auch schon Deutschlands wegen nicht mehr zurückweichen.“ Eine weitere Bestätigung ist der Bericht Tschirschky's aus Wien vom 13. Juli: „Minister (Berchtold, d. Verf.) ist jetzt selbst überzeugt, daß schnellstes Handeln geboten ist.“ Das Wort „schnellstes“ hat Wilhelm II. beim Durchlesen zweimal unterstrichen.

Mit dieser höchst aktiven Billigung und Förderung der österreichischen Politik hat die deutsche Regierung schwerste Verantwortung für alles weitere auf sich geladen. Zugleich aber war diese Politik unsagbar töricht und den deutschen Interessen direkt zuwider, denn Deutschland begab sich willenlos in das Schlepptau Österreichs, dessen Kriegsziele es überhaupt nicht kannte.

IV

Erst am 17. Juli, also zehn Tage nach dem entscheidenden Ministerrat in Wien und nur wenige Tage vor Übergabe des Ultimatus, beauftragte Jagow den deutschen Botschafter in Wien, sich vom Grafen Berchtold ein ungefähres Bild der österreichischen Pläne geben zu lassen: „Es wäre uns nur von Wert, einigermaßen darüber orientiert zu sein, wohin der Weg etwa führen soll.“ So wurde *Bismarcks* Politik, die niemals für nichtdeutsche Ziele die Knochen auch nur eines pommerschen Grenachens geopfert hätte, in ihr gerades Gegenteil verkehrt! In richtiger Erkenntnis der Sachlage schreibt Lichnowsky, der deutsche Botschafter in London, in einem Privatbrief an Jagow vom 23. Juli: „Die Erhaltung Österreichs ist für uns von größter Wichtigkeit, nur müssen wir bei dem Bündnis der leitende, nicht aber der leidende Teil sein. Das Bündnis war doch als eine gegenseitige Versicherung gedacht gegen politische Wetterschäden, nicht

aber als ein Zusammenschluß zu einer gemeinsamen politischen Firma. Wir müssen Österreich zwar unterstützen, es liegt aber nicht in unserem Interesse, es bei einer aktiven Balkanpolitik zu unterstützen, bei der wir alles zu verlieren und absolut nichts zu gewinnen haben.“

Es ist kein Wunder, daß die österreichische Regierung diese Situation ausnutzen wollte. Alle maßgebenden Stellen suchten nach Bedingungen für das Ultimatum, die unannehmbar wären. Österreich wollte die Nichtannahme des Ultimatus, Deutschland, das laut Tirpitz bereits am 13. Juli die wichtigsten Punkte kannte, wollte das gleiche. Dafür sind untrügliche Zeugnisse vorhanden. Schon in der Sitzung des österreichischen Ministerrats vom 7. Juli erklärte der k. u. k. Ministerpräsident, Graf *Stürgh*: „Daher sollte man heute prinzipiell beschließen, daß es zum Handeln kommen wird und soll. Auch er teile die Meinung des Vorsitzenden, daß die Situation durch einen diplomatischen Erfolg in keiner Weise gebessert werden könne. Wenn daher der Weg einer vorhergehenden diplomatischen Aktion gegen Serbien aus internationalen Gründen betreten werde, so müßte dies mit der festen Absicht geschehen, daß diese Aktion nur mit einem Krieg enden dürfe“. (Amtl. Protokoll.)

Am 14. Juli erklärte auch der ungarische Ministerpräsident, Graf Tisza: „Die Note werde so abgefaßt sein, daß deren Annahme so gut wie ausgeschlossen sei.“ Auch Franz Joseph war durch Berchtold bereits am 14. Juli über diese Absicht orientiert worden.

V

Diesen Absichten entsprachen denn auch Inhalt und Form des Ultimatus, das schließlich am 23. Juli- in Belgrad überreicht wurde. Dieses Ultimatum war der deutschen Regierung spätestens am 22. Juli im Wortlaut bekannt, es bestand also für Berlin durchaus die Möglichkeit, telegraphisch oder telephonisch Protest einzulegen und die Absendung zu verhindern. Statt dessen befahlen Bethmann und Jagow den deutschen Botschaftern und Gesandten, das Ultimatum, das sie später in ihren Memoiren selbst aufs schärfste verurteilten, als billig und gemäßigt zu bezeichnen!

Es ist über das Ultimatum kein Wort mehr zu verlieren, nachdem auch Graf *Montgelas*, einer der Führer im Kampf gegen die „Schuldlüge“, erklärt hat: „Das nach Ton und Inhalt überaus schroffe Dokument soll nicht verteidigt werden.“ Seine größte Gefahr aber lag in der Befristung auf 48 Stunden, für die sachlich, nachdem Österreich nahezu vier Wochen gewartet hatte, natürlich keinerlei Anlaß vorlag. Sie sollte den Großmächten, die den Text ja erst am 24., das sogenannte „Dossier“ mit den sachlichen Unterlagen sogar erst am 25., erhielten, jede Einmischung unmöglich machen und damit den Krieg „lokalisieren“, d. h. Österreich gestatten, mit allen Mitteln gegen Serbien vorzugehen. Konnten denn aber die europäischen Staaten dem müßig zusehen?

. Wie hatten sich Rußland, England und Frankreich — auf diese drei Mächte kam es ja in erster Linie an — bisher, seit der Ermordung des österreichischen Thronfolgerpaares, verhalten? Daß die Entrüstung über den Mord auch hier gewaltig war, daß — was wichtiger ist — die Regierungen dieser Länder Österreich durchaus das Recht auf Genugtuung zuerkannten, ist bereits gesagt worden. Alles übrige erfährt man am besten aus den Berichten der betreffenden deutschen und österreichischen Botschafter. Nach den Berichten des Grafen *Pourtales* aus Petersburg wollten weder der *Zar* noch *Sasonow* den Krieg. Auch in Frankreich verfügte die Partei des Friedens noch über starke Kräfte. England aber tat mehr. Am 9. Juli teilte *Grey* dem deutschen Botschafter mit, „er sei bestrebt gewesen, für den Fall, daß das Wiener Kabinett sich genötigt sehe, infolge des Sarajewoer Mordes eine schärfere Haltung gegen Serbien einzunehmen, die russische Regierung bereits jetzt für eine ruhige Auffassung und versöhnliche Haltung gegen

Österreich zu gewinnen“. Am 15. Juli wiederholte Grey diese Mitteilung, weist aber gleichzeitig den deutschen Botschafter darauf hin, daß er, falls „in Rußland infolge militärischer Maßnahmen Österreichs eine gewaltig erregte Bewegung“ entstände, „gar nicht in der Lage sei, die russische Politik in der Hand zu behalten“. Diese Warnung, von Lichnowsky nachdrücklichst weitergegeben, wird von der deutschen Regierung leider nicht beachtet. Unmittelbar vor der Übergabe des Ultimatum, am 22. Juli, sagt Grey, „die britische Regierung werde ihren Einfluß dahin zur Geltung bringen, daß die österreichisch-ungarischen Forderungen, falls sie gemäßigt seien und sich mit der Selbständigkeit des serbischen Staates vereinbaren ließen, von der serbischen Regierung angenommen würden“.

Was taten Rußland, England und Frankreich am 24. Juli, dem Tage, an dem ihnen jenes Ultimatum Österreichs an Serbien, das auch Graf Montgelas nicht verteidigen will, bekannt wurde? Frankreich gibt Serbien den Rat, so weit wie irgend möglich nachzugeben. In Rußland ist die Erregung groß; das österreichische Ultimatum bedeutet eine gewaltige Stärkung des Einflusses der Kriegspartei. Dennoch macht die russische Regierung am 25. Juli einen durchaus diskutablen Vorschlag, den die englische Regierung schon am Tage zuvor unterbreitet hatte: ihr Botschafter in Wien bittet um Verlängerung der außerordentlich kurzen Frist des Ultimatum, und der Botschafter in Berlin ersucht die deutsche Regierung, diesen Wunsch zu unterstützen. Ganz mit Recht weist die russische Regierung darauf hin, daß es den europäischen Mächten, an die sich Österreich erst am 25. mit seiner Note gewandt habe, natürlich unmöglich sei, in so kurzer Zeit die verwickelte Sachlage nachzuprüfen, um so mehr, als ihnen ja die angekündigten Dokumente über die Ergebnisse der Untersuchung noch gar nicht zugegangen seien. Dieses Ersuchen wurde von der österreichischen Regierung, die um keinen Preis zugeben wollte, daß die österreichisch-serbische Frage eine europäische Frage sei, glatt abgewiesen.

VI

Daß es sich hier um eine europäische Frage handele, war aber die Auffassung aller Regierungen, mit Ausnahme der deutschen und der österreichischen, die sich in diesem Punkte, wie schon früher oft, außerhalb des allgemeinen Weltgewissens stellten. Auch die englische Regierung stand natürlich auf diesem Standpunkt. Deshalb macht Grey, der wie ganz England vom Ton und Inhalt der Not entsetzt war, bereits am 24. Juli gleichzeitig mit seinem Wunsch nach Fristverlängerung den Vorschlag, die vier nicht unmittelbar beteiligten Staaten England, Deutschland, Frankreich und Italien sollten im Falle einer gefährlichen Spannung zwischen Österreich und Rußland die Vermittlung übernehmen. Dieser Vorschlag Greys war durchaus billig; die vorgeschlagene Konferenz sollte Österreich volle Genugtuung verschaffen, man hoffte bestimmt, Serbien werde dem vereinten Druck der europäischen Mächte nachgeben. Frankreich und Rußland erklärten sich mit diesem Konferenzvorschlag Greys einverstanden; da damit die Unterlassung aller militärischen Maßnahmen verbunden und beim Zustandekommen einer friedlichen Aussprache eine Einigung wahrscheinlich war, so ist es klar, daß Rußland und Frankreich den Krieg nicht wollten. Deutschland tat nichts für diese Konferenz; es lehnte sie zwar nicht sofort ab — das tat nur Wilhelm II. in seinen Randbemerkungen —, unterstützte aber aufs kräftigste jene Politik der österreichischen Regierung, die gerade mit allen Mitteln eine offene Aussprache der europäischen Mächte hintertreiben wollte.

Zunächst aber wartete die Welt auf Serbiens Antwort. Daß Serbien bereit sein würde, dem österreichischen Verlangen, wenn irgend möglich, nachzukommen, war der deutschen und österreichischen Regierung bekannt. Denn schon am 20. Juli hatte Ser-

bien an Deutschland eine sehr friedlich gehaltene Note gerichtet, in der es sich bereit erklärte, alle mit der Würde und Unabhängigkeit eines selbständigen Staates verträglichen Wünsche Österreichs zu erfüllen; Serbien bat die deutsche Regierung, im Geiste der Versöhnlichkeit zwischen Österreich und ihm zu vermitteln. Die Note, die Serbien drei Tage später von Österreich erhielt, vertrug sich allerdings weder im Ton noch im Inhalt mit „Würde und Unabhängigkeit eines selbständigen Staates“. Dennoch kam die Antwort, die Serbien am 25. Juli, Punkt 6 Uhr abends, dem österreichischen Gesandten übergab, dem Begehren Österreichs in fast allen Punkten nach; wo Serbien nicht nachgeben konnte, empfahl es, die Entscheidung dem internationalen Schiedsgerichtshof im Haag oder dem Rat der Großmächte zu übertragen. Die österreichischen Staatsmänner waren entsetzt; am 28. Juli berichtet Fürst Lichnowsky aus London: „Als die Nachricht am Sonnabendabend hier verbreitet wurde, Serbien habe nachgegeben, waren die genannten Herren (die Mitglieder der Londoner Österreichischen Botschaft, d. Verf.) geradezu niedergeschmettert. Graf *Mensdorff* sagte mir gestern noch vertraulich, man wolle in Wien unbedingt den Krieg, da Serbien ‚niederbegegelt‘ werden solle.“ — Als Wilhelm II. diese Antwort las, notierte er: „Eine brillante Leistung für eine Frist von bloß 48 Stunden. Das ist mehr als man erwarten konnte. Ein großer moralischer Erfolg für Wien; aber damit fällt jeder Kriegsgrund fort, und *Giesl* hätte ruhig in Belgrad bleiben sollen. Daraufhin hätte ich niemals Mobilmachung befohlen.“ Der österreichische Gesandte *Giesl* war anderer Ansicht; ohne den Inhalt der Note zu prüfen, erklärte er sie, da das Ultimatum nicht bedingungslos angenommen war, für unbefriedigend, brach sofort die Beziehungen seines Staates zu Serbien ab und verließ mit seinem Personal Belgrad. Um 6 Uhr 32 Minuten, eine halbe Stunde nach Empfang des umfangreichen Schriftstücks. Um 9 Uhr 30 Minuten abends befahl die österreichische Regierung, natürlich ebenfalls ohne die Note gelesen zu haben, die Teilmobilmachung von acht Armeekorps. Am Nachmittag desselben Tages hatte Serbien bereits mobilgemacht, aber deutlich — und leider mit gutem Grund — zur Verteidigung; seine Truppen verließen die nahe der Grenze gelegene Hauptstadt und zogen sich nach Süden zurück.

Das über alles Erwarten weite Entgegenkommen der serbischen Regierung ist nur verständlich unter dem Druck der befreundeten Mächte, insbesondere Rußlands, in Belgrad. Wie die Entente 1908, 1911, 1912 nicht zum Krieg schritt, so sehr sie das eine Mal durch Deutschland, das andere Mal durch Österreich provoziert wurde, so wollten auch dieses Mal Rußland und Frankreich den Weltkrieg nicht, sie fürchteten ihn vielmehr. Daß es auch in Rußland und Frankreich starke Parteien gab, die den Krieg wollten, ist erwiesen; aber das Entscheidende ist, daß sie selbst in diesem Augenblick noch nicht an der Macht waren, während sie in Österreich und damit leider auch in Deutschland seit dem 28. Juni den Lauf der Politik bestimmten. Alles kam darauf an, den Sieg der Kriegspartei in Rußland zu verhindern; das war das unermüdliche Bestreben Greys. Aber Grey kannte auch, das wurde schon gezeigt, die Grenzen seines Einflusses. Jetzt hing alles davon ab, daß die Antwort Serbiens nicht rundweg abgelehnt wurde, sondern Verhandlungen begannen. — Österreich tat das Gegenteil und lud damit schwerste Verantwortung auf sich. Die österreichischen Militärs und, was schlimmer ist, auch die österreichischen Diplomaten, wollten den Krieg — und diesen Krieg wollten sie sich unter gar keinen Umständen nehmen lassen. Sie zitterten davor, etwa wieder umsonst mobilgemacht zu haben. Deshalb galt es für sie, die Abrechnung mit Serbien, auf die sie brannten, aufs äußerste zu beschleunigen, damit es nicht doch noch zu einer europäischen Aussprache — in der notabene alle Chancen für Österreich sprachen — käme. Europa sollte vor ein *fait accompli* gestellt werden; gab es dann nach, so war das Spiel gewonnen, mischte es sich ein, so war ja Deutschlands Bundesgenossenschaft garantiert.

So war — das ist nur in diesem Zusammenhang verständlich — das nächste Ziel Österreichs schnellste Kriegserklärung an Serbien. „Man hat hier beschlossen“, meldet Tschirschky am 27. aus Wien, „morgen, spätestens übermorgen offizielle Kriegserklärung zu erlassen, hauptsächlich, um jedem Interventionsversuch den Boden zu entziehen.“ Diese Meinung vertrat Berchtold schon am 26. Juli; damals sagte er zu Conrad, der aus militärischen Gründen die Kriegserklärung hinauszögern wollte: „Wir möchten so bald als möglich die Kriegserklärung an Serbien überreichen, damit verschiedene Einflüsse aufhören.“ Und so begründet er auch seinem Kaiser gegenüber die Notwendigkeit rascher Kriegserklärung: „Mit Rücksicht auf die dem k. u. k. Gesandten Baron Giesl am 25. durch Herrn Pasic übergebene, sehr geschickt verfaßte Antwortnote der serbischen Regierung, welche inhaltlich zwar ganz wertlos, der Form nach aber entgegenkommend ist, halte ich es für nicht ausgeschlossen, daß die Tripleententemächte noch einen Versuch machen könnten, eine friedliche Beilegung des Konfliktes zu erreichen, wenn nicht durch die Kriegserklärung eine klare Situation geschaffen wird.“ Auch in diesem Falle war die Berliner Regierung der treibende Faktor; schon am 25. Juli meldete der österreichische Botschafter aus Berlin: „Man sieht hier in jeder Verzögerung des Beginnes der kriegerischen Operationen große Gefahr betreffs Einmischung anderer Mächte. Man rät uns dringendst, sofort vorzugehen und die Welt vor ein fait accompli zu stellen.“

In der Tat erklärte Österreich am 28. Juli, vormittags 11 Uhr, Serbien den Krieg. Aber selbst jetzt noch fürchtete man, Serbien könne auf Wunsch der Großmächte eintreten. Deshalb ging man daran, für diesen Fall noch schwerere Bedingungen zu ersinnen — „jetzt, nach Eintritt des Kriegszustandes, müßten die Bedingungen Österreichs naturgemäß anders lauten“, meldete Tschirschky am 30. aus Wien. Man hatte das seinige getan — was taten die Großmächte, was tat Deutschland?

VII

Alle Welt blickte auf England, dem man allein die Kraft zur Erhaltung des Friedens zutraute. Greys Vorschlag am 24., eine Viermächtekonferenz zur Vermittlung zu berufen, ist bereits erwähnt worden. Am Morgen des 27. Juli hat Grey diesen Vorschlag in Paris, Berlin und Rom in feierlicher Form wiederholt. Am gleichen Tage stimmen Rußland und Frankreich diesem Vorschlag zu; Deutschland lehnt ihn, wenn auch verklausuliert, ab, Österreich weist ihn ebenfalls zurück. Dabei mußte die deutsche Regierung wissen, was auf dem Spiele stand; deutlich genug hatte Lichnowsky schon am 26. Juli darauf hingewiesen, daß nur Annahme des Greyschen Vermittlungsvorschlages den Weltkrieg verhindern könne. Aber Deutschland war noch nicht zur Einsicht gelangt. — Unterdessen ließ England nichts unversucht. Am 27. Juli bat Grey die deutsche Regierung eindringlich, in Wien ihren Einfluß geltend zu machen, wie er es immer wieder in Petersburg getan habe. Dieser Wunsch war nur zu berechtigt, denn von Wien hing nun einmal in erster Linie das weitere Geschehen ab. Die deutsche Regierung aber war anderer Ansicht oder gab es wenigstens vor; ihr vornehmstes Bestreben war, alle Schuld auf Rußland zu schieben. Immer wieder wird betont, Petersburg sei der Ort der Entscheidung, dort müsse beruhigend eingewirkt werden. Jede Einwirkung auf Wien wird abgelehnt.

Diese Auffassung Deutschlands ist außerordentlich charakteristisch. Sie erklärt sich aus der Einstellung zur serbisch-österreichischen Frage als zu einer lokalen Angelegenheit, die niemand außer die Beteiligten etwas anginge (deshalb durfte sich eben auch Rußland nicht hineinmischen, ungeachtet seiner brennenden Balkaninteressen), und an-

dererseits aus der tiefen Abneigung der deutschen Regierung und besonders des deutschen Kaisers gegen jedes „Schiedsgericht“. So nennt Wilhelm II. am 28. Juli den Vorschlag eines Haager Schiedsspruches schlechtweg „Blödsinn“, und am 29. Juli erklärt Bethmann den „Gedanken der Haager Konferenz“ in diesem Falle für „natürlich ausgeschlossen“.

Daß während dieser Zeit auch Frankreich beruhigend auf Rußland einwirkte, haben wir bereits aus Bethmanns Zeugnis erfahren; den gleichen Eindruck gewinnt auch der bayerische Geschäftsträger in Berlin, der am 27. Juli seiner Regierung schreibt: „Daß Frankreich alles tun wird, um Rußland von kriegerischem Vorgehen abzuhalten, beweist die Haltung der französischen Presse.“ Auch auf Serbien hat Frankreich am 24. Juli besänftigenden Einfluß ausgeübt. Damit stimmen auch alle anderen Berichte aus Paris überein. Schon Mitte Juli hatte Conrad Informationen erhalten, nach denen Frankreich keinen Krieg wollte. Am 25. Juli hat man auch im Berliner Auswärtigen Amt den Eindruck, „daß Regierung bestrebt sein wird, allgemeinen Konflikt zu vermeiden“, und am gleichen Tage berichtet der österreichische Botschafter aus Paris, daß ein europäischer Krieg „derzeit hier sehr unerwünscht wäre“. Auch am 26. ist nach dem Eindruck desselben Diplomaten „Abneigung gegen einen möglichen Krieg noch sehr groß“, und am 30. meldet er: „Viele Leute hier, auch in Regierungskreisen, wünschen Frieden und möchten Argumente haben, die sie russischen und hiesigen Hetzereien entgegenstellen können.“ Ähnlich erfährt der deutsche Generalstab am 27. Juli: „Paris vollkommen ruhig. Presse auffallend gemäßigt. Von Mobilmachung nichts zu spüren“, und am 29. Juli, „daß Kriegsbegeisterung im Lande nicht vorhanden“, und noch am 31. Juli meldet der deutsche Botschafter aus Paris: „öffentliche Meinung dank der Bemühungen der Regierung heute etwas weniger erregt. Hoffnung auf Erfolg schwebender Verhandlungen wieder belebt. Verdächtigungen, daß wir zum Krieg treiben, abflauend. Stimmung für den Fall, daß Frieden nicht zu bewahren, resigniert entschlossen.“

VIII

Mehr aber als auf Frankreich kam es in diesem Augenblick auf Rußland an. Daß Rußland das österreichische Vorgehen gegen Serbien nicht dulden würde, mußten Deutschland und Österreich wissen, denn schon am 24. Juli hatte Sasonow zu Pourtales gesagt, die Frage (Österreich-Serbien) sei eine europäische. In den entscheidenden Tagen vom 24. bis 31. Juli haben nun in Rußland offensichtlich zwei Parteien miteinander gerungen. Es ist nicht notwendig, in diesem Zusammenhang jedes Stadium dieses Kampfes wiederzugeben. Die starken Friedensströmungen, auf deren Seite der Zar stand und die auch im Volke einen starken Anhang hatten, schildert Pourtales in seinen Berichten und zusammenfassend in seiner Schrift „Am Scheidewege zwischen Krieg und Frieden“ (Berlin 1919). Diese Friedenspartei hat in der kritischen Woche immer erneut Vorschläge gemacht, die einen friedlichen Ausgang ermöglichen sollten. Ob für den Fall, daß Deutschland und Österreich diese und die Greyschen Vorschläge nicht abgelehnt, sondern angenommen und gefördert hätten, die Partei des Friedens gesiegt hätte, ist natürlich heute nicht zu beweisen. Immerhin lassen die verzweifelten Bemühungen des Zaren und der Regierung erkennen, daß man kramphaft nach Anknüpfungsmöglichkeiten suchte. Unbedingt kann man behaupten, daß die glatte Ablehnung all dieser sehr akzeptablen Angebote, besonders seitens Österreichs, der Kriegspartei in Rußland mit zum Siege verholfen hat. Welches waren nun die russischen Vorschläge und Bemühungen?

Der erste Vorschlag, die Ultimatumfrist zu verlängern, ist bereits erwähnt worden. Zwei Tage später, am 26. Juli, schlug Sasonow dem österreichischen Botschafter vor, den König von Italien und den König von England zur Vermittlung anzurufen. Am

27. regt der Zar an, das Haager Schiedsgericht entscheiden zu lassen; am 29. macht der Zar diesen Vorschlag dem deutschen Kaiser; es ist außerordentlich bezeichnend, daß dieses Telegramm des Zaren, auf das der Kaiser niemals geantwortet hat, im deutschen Weißbuch vom 3. August 1914 glatt unterschlagen wird! Daneben lief ein anderes Bemühen der russischen Regierung: sie erstrebte direkte Besprechungen mit Wien. Am 27. meldet Pourtales aus Petersburg: „Herr Sasonow ist jetzt sichtlich bemüht, einen Ausweg zu finden. Er erkennt neuerdings sogar die Berechtigung des österreichischen Vorgehens gegen Serbien im Prinzip an, gibt sich aber immer noch der Hoffnung hin, daß Österreich-Ungarn sich bereit finden könnte, seine Forderungen in der Form etwas zu mäßigen. Ich habe dem Minister gesagt, ich könnte ihm in dieser Hinsicht gar keine Aussichten eröffnen und ihm nur raten, falls er aus seinen Konversationen mit Graf Szapary Hoffnungen zu schöpfen glaube, sich direkt nach Wien zu wenden.“

Diesen Rat hat die russische Regierung befolgt; sie erbat dringend eine direkte Besprechung mit Österreich. Diese Aussprache hat die österreichische Regierung am 28. Juli abgelehnt. Graf Berchtold berichtet über sein Gespräch mit dem russischen Botschafter folgendermaßen: „In meiner Entgegnung betonte ich, daß ich auf einen derartigen Vorschlag nicht eingehen könne. Eine Verhandlung über den Wortlaut der von uns als unbefriedigend bezeichneten Antwortnote könnte bei uns niemand verstehen und niemand billigen.“ Gegenüber diesem klaren Text ist es lächerlich, daß Berchtold hinterher behauptet hat, es handle sich um ein Mißverständnis, er sei immer bereit gewesen, mit Rußland direkt Rücksprache zu nehmen. Erst am 30. Juli erklärt Berchtold auf Drängen Deutschlands, daß er mit Rußland die strittigen Punkte besprechen wolle, aber auch jetzt drückt er sich über den Rahmen der zur Aussprache stehenden Fragen sehr undeutlich aus. Als Wilhelm II. von der endlich ausgesprochenen Bereitwilligkeit Österreichs erfährt, notiert er erregt: „Jetzt erst!“ Am gleichen Tage, am 30. Juli, sucht Rußland erneut Deutschlands Zustimmung zur „Konversation zu vieren“ zu gewinnen, „um Mittel ausfindig zu machen, Österreich auf freundschaftlichem Wege zu bewegen, die die Souveränität Serbiens antastenden Forderungen fallenzulassen“. Ja, selbst am 1. August hoffte die russische Regierung noch immer auf Beilegung des Streitfalles durch eine Konferenz in London.

IX

Gegenüber diesen vielfachen Bemühungen kann Österreich nur auf eines hinweisen: es hat auf Veranlassung Deutschlands (um Rußland und Italien zu beruhigen) zugesagt, keine Annektionen in Serbien zu machen. Ganz abgesehen davon, daß ein solches Versprechen niemals sehr wertvoll ist (denn nach einem siegreichen Kriege vergißt sich so manches!), so ganz besonders in diesem Falle nicht. Kam dieses Zugeständnis schon höchst erzwungen heraus, so auch recht unbestimmt und — widerspruchsvoll. Ein Zeugnis mag hier genügen: am 29. Juli telegraphierte Bethmann an den deutschen Botschafter in Wien:

„Ich betrachte die Haltung der dortigen Regierung und ihr ungleichartiges Vorgehen bei den verschiedenen Regierungen mit wachsendem Befremden. In Petersburg erklärt sie territoriales Desinteressement, uns läßt sie ganz im unklaren über ihr Programm, Rom speist sie mit nichtssagenden Redensarten über die Kompensationsfrage ab, in London verschenkt Graf Mensdorff Teile Serbiens an Bulgarien und Albanien und setzt sich in Gegensatz zu den feierlichen Erklärungen Wiens in Petersburg. Aus diesen Widersprüchen muß ich den Schluß ziehen, daß die in Telegramm Nr. 83 mitgeteilte Desavouierung des Grafen Hoyos für die Galerie bestimmt war, und daß die dortige Regierung sich mit Plänen trägt, deren Geheimhaltung vor uns sie für angezeigt

hält, um sich auf alle Fälle der deutschen Unterstützung zu versichern und nicht durch offene Bekanntgabe einem eventuellen Refüs auszusetzen. Vorstehende Bemerkungen sind zunächst zu Ew. Exz. persönlicher Orientierung bestimmt. Den Grafen Berchtold bitte ich nur darauf hinzuweisen, daß es sich empfehlen würde, einem Mißtrauen gegen seine über die Integrität Serbiens den Mächten abgegebenen Erklärungen vorzubeugen.“

Konnte, wer solches Zeugnis vom eigenen Bundesgenossen erhielt, Vertrauen eines, natürlich mißtrauischen, Gegners erwarten?

X

Aber noch etwas lehrt das Telegramm Bethmanns: In Deutschland hatte sich eine *entscheidende Wandlung* vollzogen. Schon am 28. Juli erkannte Wilhelm II. nach Durchlesen der serbischen Antwort, die er erst an diesem Tage erhielt: „Kriegsgrund nicht mehr vorhanden“, „durch sie“ („Kapitulation demütigster Art“ seitens Serbiens, d. Verf.) „entfällt jeder Grund zum Kriege.“ Am 28. Juli erfolgt eine erste ernste Mahnung Bethmanns; aber er entwertet sein eigenes Wort, indem er, in seiner Instruktion an den deutschen Botschafter in Wien, hinzufügt: „Sie werden es dabei sorgfältig zu vermeiden haben, daß der Eindruck entsteht, als wünschten wir Österreich zurückzuhalten.“ Damit war natürlich jede Wirkung der deutschen Mahnung ausgeschlossen.

Erst am 30. Juli dringt die deutsche Regierung in energischer Weise in Wien auf Annahme des Greyschen Vermittlungsvorschlages; Veranlassung dazu ist die Mitteilung Lichnowskys, England werde in einem deutsch-französischen Kriege kaum neutral bleiben, und die Erkenntnis, daß auf Italiens Bundesgenossenschaft nicht zu zählen sei. Aber auch jetzt entschließt sich die deutsche Regierung nicht zur Anwendung des einzigen Mittels, das Erfolg haben muß: sie weist nicht die österreichische Regierung mit aller Klarheit darauf hin, daß sie, wenn Österreich, das volle Genugtuung haben könne, mutwillig einen Weltkrieg heraufbeschwöre, es nicht verantworten könne, das deutsche Volk in diesen aussichtslosen Kampf zu verwickeln. Das nicht erklärt zu haben, ist die ungeheure, niemals wiedergutzumachende Unterlassungssünde der deutschen Regierung, für die das deutsche Volk und die Welt sie mit Recht verantwortlich machen. Jetzt rächte es sich, daß man am 5. Juli leichtfertig eine „Blankovollmacht“ ausgestellt hatte, jetzt konnte man nicht mehr zurück — falls man nicht erkannte, daß für solch frevelhaftes Beginnen niemals die Bundesgenossenschaft versprochen sein konnte.

Aber trotz dieser Halbheit, diesem Zögern und Zurückschrecken vor dem letzten Mittel hatte Berchtold den Eindruck, „daß Deutschland zurückweicht“. Da geschah etwas Außergewöhnliches: *Der deutsche Generalstab griff in die Politik ein*. Am 30. Juli telegraphierte Moltke an Conrad: „Russische Mobilisierung durchhalten; Österreich-Ungarn muß erhalten bleiben, gleich gegen Rußland mobilisieren. Deutschland wird mobilisieren.“

Und noch deutlicher meldete ein Telegramm des k. u. k. Militärattaches aus Berlin: „Moltke sagte, daß er die Lage kritisch beurteile, wenn die österreichisch-ungarische Monarchie nicht sofort gegen Rußland mobilisiert. Durch abgegebene Erklärung Rußlands über angeordnete Mobilisierung Notwendigkeit von Gegenmaßnahmen durch Österreich-Ungarn gegeben, was auch in öffentlicher Begründung anzuführen wäre. Dadurch wäre Bündnisfall für Deutschland gegeben. Mit Italien ehrlichen Ausgleich unter der Zusicherung von Kompensationen bewirken, damit Italien aktiv beim Dreibund bleibt, ja keinen Mann an italienischer Grenze lassen. Von England erneut eingebrachten Schritt zur Erhaltung des Friedens ablehnen. Für Österreich-Ungarn zur Erhaltung Durchhalten des europäischen Krieges letztes Mittel. Deutschland geht unbedingt mit.“

Das entschied den letzten Zweifel; triumphierend konnte Berchtold ausrufen: „Das ist gelungen: Wer regiert: Moltke oder Bethmann?“ Am gleichen Tage, am 31. Juli, um 12 Uhr 23 Minuten mittags, wurde die allgemeine Mobilisierung befohlen. Aus Conrads Aufzeichnungen geht einwandfrei hervor, daß Moltkes Telegramm den Ausschlag gab. Alle Bemühungen Bethmanns und des deutschen Kaisers, Österreich doch noch zum Eingehen auf den englischen Vermittlungsvorschlag zu bewegen, waren damit gescheitert.

Hier zeigte sich mit erschreckender Deutlichkeit das Verhängnis eines Staates, in dem die Militärs zugleich die politische Leitung an sich rissen. Daß dieses Verhängnis dann nicht nur diesen Staat, sondern die Menschheit in den Abgrund stieß, gab und gibt der Welt ein Recht, ja die Pflicht, die Wiederherstellung derartiger Zustände zu verhindern.

XI

Fast zur gleichen Stunde wie in Österreich siegte auch in Rußland die Kriegspartei; auch in Rußland wurde die allgemeine Mobilmachung angeordnet. Es soll keineswegs gelegnet werden, daß die russische Mobilmachung die Lage ungeheuer verschärfte; aber die Entscheidung über Krieg oder Frieden war längst vor ihrem Bekanntwerden mit Hilfe des deutschen Generalstabs in Wien gefallen. Außerdem mußte die russische Mobilmachung als solche keineswegs zum Kriege führen. Das hatten ja die Ereignisse von 1908 und 1913 klar erwiesen, daß Mobilmachung noch nicht Krieg war. Das betonte auch Rußland nachdrücklich, diese Ansicht vertrat aber z. B. auch Bethmann und sogar Moltke, der noch am 30. Juli sagte: „Im Gegensatz zu den schon gewohnheitsmäßigen russischen Mobilisierungen und Demobilisierungen würde Deutschlands Mobilisierung unbedingt zum Kriege führen.“ Der deutsche Militärbevollmächtigte am russischen Hofe telegraphierte am Nachmittag desselben Tages nach Berlin: „Ich habe den Eindruck, daß man hier aus Angst vor kommenden Ereignissen mobilisiert hat ohne aggressive Absichten, und nun erschreckt ist darüber, was man angerichtet hat.“ An den Rand dieses Absatzes schreibt der Kaiser am 31. Juli: „Richtig, so ist es.“ Und am gleichen Tage richtet Deutschland an Rußland jenes bekannte zwölfstündige Ultimatum, in dem es die Einstellung aller feindseligen Maßnahmen verlangt! Auch in Deutschland entschied nur noch der militärische Gesichtspunkt: mochten immer noch Aussichten sein, den Frieden zu erhalten — der Vorsprung der rascheren Mobilmachung mußte gewahrt bleiben.

Aber warum richtete Deutschland zur gleichen Stunde ein Ultimatum an Frankreich, warum wartete es nicht ab, ob Frankreich überhaupt seine Bündnisverpflichtungen erfüllen würde? Wiederum gibt es nur eine Erklärung: die militärischen Rücksichten gestatteten es nicht. Der deutsche Kriegsplan, seit Beginn des Jahrhunderts nicht mehr der des alten Moltke, verlangte raschen Angriffskrieg gegen Frankreich, hinhaltenden Verteidigungskrieg gegen Rußland. Deshalb also jenes achtzehnstündige Ultimatum, das Frankreich ablehnen mußte: „Bitte französische Regierung fragen, ob sie in einem russisch-deutschen Kriege neutral bleiben will“, mit dem geheimen Zusatz: „Wenn, wie nicht anzunehmen, französische Regierung erklärt, neutral zu bleiben, wollen Ew. Exz. französischer Regierung erklären, daß wir als Pfand für Neutralität Überlassung der Festungen Toul und Verdun fordern müssen, die wir besetzen und nach Beendigung des Krieges mit Rußland zurückgeben würden.“ Zur Beantwortung dieser Frage sollten zwei Stunden Zeit gelassen werden.

Die deutschen Militärs hatten es eilig, sehr eilig. Jetzt mußte Frankreich schleunigst der Krieg erklärt werden, weil man, wie Tirpitz berichtet, sonst den Einmarsch in

Belgien nicht begründen konnte. Und da es ja keinen Grund gab für eine Kriegserklärung, so konnte die deutsche Regierung nichts anführen als jenen mysteriösen, d. h. frei erfundenen Bombenabwurf auf Nürnberg und kleine Grenzüberschreitungen französischer Truppen, wodurch zugleich Italien zur Erfüllung seiner Bündnispflicht bestimmt werden sollte. Solche Grenzüberschreitungen, obwohl von Frankreich noch heute abgestritten, sind sicherlich auf beiden Seiten vorgekommen; sie sind fast unvermeidlich, wenn an einer Grenze von vielen hundert Kilometern Länge zwei gerüstete Armeen sich gegenüberstehen. Prinzipiell wichtig ist nur, daß die französische Regierung gegen den anfänglichen Widerspruch ihrer Militärs ihre Truppen 10 Kilometer von der Grenze zurückzog. Die in Deutschland jetzt vielfach vertretene Auslegung, dies sei nichts als eine schöne Geste gewesen, um vor der Welt und vor allem vor England als unschuldig Angegriffener dazustehen, ist sicherlich nicht von der Hand zu weisen — auf alle Fälle sollte diese Maßnahme auch dazu dienen, frühzeitige Zusammenstöße zu verhüten, und vor allem beweist sie, daß in Frankreich die politische Leitung über der militärischen stand und nicht umgekehrt. In Deutschland aber bestimmte — und das wurde unser furchtbares Verhängnis — der militärische Gesichtspunkt schon vor Kriegsausbruch die gesamte Politik.

Noch krasser offenbart sich das bei der Frage des Einmarsches in Belgien. Hatte die Notwendigkeit des Durchmarsches durch Belgien schon zur Folge, daß Frankreich mit nichtigstem Vorwande der Krieg erklärt werden mußte, so mußte er die weitere Konsequenz haben, England sofort auf die Seite unserer Gegner zu bringen. Das war der deutschen Regierung wohlbekannt, ja, selbst Tirpitz behauptet in seinen Memoiren, noch in letzter Stunde, in der Nacht vom 1. zum 2. August, gewarnt zu haben: „Ich verwies auf Berichte des Botschafters in London, nach denen der Durchmarsch durch Belgien den Krieg mit England unmittelbar zur Folge haben mußte, und rührte an die Frage, ob die Armee eine Möglichkeit besäße, den Durchmarsch durch Belgien aufzuhalten. Moltke erklärte, daß es keinen andern Weg gäbe. Ich erhielt den Eindruck, daß es ausgeschlossen war, in den Mechanismus der Transporte einzugreifen.“ In der Stunde, in der Tirpitz warnte, war es allerdings viel zu spät. „Seit Jahrzehnten war“, wie Tirpitz zwei Seiten später selbst schreibt, „die Möglichkeit eines Durchmarsches durch Belgien ernsthafter erwogen“ worden, was ein sehr milder Ausdruck für eine seit dem Winter 1900/1901 feststehende Absicht ist. Den Grund für diesen Einmarsch teilt der bayerische Gesandte in Berlin am 5. August 1914 seiner Regierung als Ansicht Moltkes mit: „Der Angriff vom Reichsland würde der deutschen Armee volle drei Monate gekostet und Rußland einen solchen Vorsprung gegeben haben, daß dann auf einen Erfolg auf beiden Fronten nicht zu rechnen gewesen wäre. Wir müßten über Belgien gleich mit aller Macht auf Paris losgehen, um mit Frankreich rasch abzurechnen. Das sei der einzige Weg zum Siege.“

Diese rein militärischen Gründe entschieden eine Frage von so eminenter politischer Bedeutung; die spätere Behauptung, Belgien habe längst im Bündnis mit Frankreich gestanden, ist natürlich unhaltbar und wird wohl heute nur noch von Ludendorff, der ja auch die „Weisen von Zion“ für eine einwandfreie Geschichtsquelle hält, vertreten. Richtig, war, was der Große Generalstab am 29. Juli dem Auswärtigen Amt berichtet: „Belgien will Einfall der Franzosen wie Deutschen verhindern“, und die Auffassung, die Wilhelm II. von dieser Frage hatte, der am 30. Juli auf die Mitteilung, Belgien habe einen Bündnisvertrag mit Frankreich, kurz und treffend „Blech!“ notierte. Das Unrecht gegen Belgien hat dann am 4. August nicht nur Bethmann, sondern auch Jagow zugegeben: „Unsere Truppen haben Luxemburg besetzt, vielleicht schon belgisches Gebiet betreten. Das widerspricht den Geboten des Völkerrechts.“

Am 29. Juli bereits erhielt der deutsche Gesandte in Brüssel die Note, durch die er der belgischen Regierung von dem beabsichtigten Einmarsch Kenntnis geben sollte. Diese

Note wurde entworfen vom Großen Generalstab, von der Regierung dann in einigen Punkten abgeändert. Am 2. August abends wird die Note überreicht. Am 4. August fordert die englische Regierung, als Mitunterzeichner des belgischen Neutralitätsvertrages von Belgien um Hilfe gebeten, von der deutschen Regierung unbedingte Achtung der belgischen Neutralität. Wenige Stunden später wurde diese Forderung ultimativ wiederholt. Noch am gleichen Tage verlangte der englische Botschafter seine Pässe. Wäre sonst nach Ansicht Lichnowskys Neutralität Englands, bei maßvollem Vorgehen nach Besiegung Frankreichs, immerhin möglich gewesen, so entschied der Einmarsch in Belgien auch hier zugunsten des Krieges. Deutschland und Österreich standen einer Welt von Feinden gegenüber.